

daß das Propagandaministerium zugunsten des Buchhandels wirken kann und daß die Schwächen, die die Organisation des Buchhandels hatte, ausgeglichen werden können. Er warnt aber davor, zu glauben, daß eine Beurteilung der Fälle nach Mehrheitsdruck geht, sondern die Kulturkammer wird dafür sorgen müssen, daß die Gesamtheit nicht zu kurz kommt. Es ist kein Zweifel, daß in der Frage der Kulturretats vielleicht dies oder jenes erreicht werden kann. Man wird auch durch die Zwangsorganisation in gewissem Sinne in die Zahl der Betriebe regulierend eingreifen können. An eine Konzession wird aber bei den Regierungsstellen nicht gedacht, und zwar vor allem auch deshalb nicht, weil es keinen Stand gibt, der nicht wünschte, daß die Zahl der Ständemitglieder beschränkt wird. Wenn das bei einem Stand zugewilligt würde, so bestände die Gefahr, daß eines Tages eine große Zahl von Volksgenossen existenzlos würde. — Die anderen Sorgen sind nicht geringerer Natur. Die Absatzschwierigkeiten auf dem Gebiet des Zeitschriftenverlags hätten dazu geführt, daß das Abkommen von Münster getroffen und zwei Herren nach Chicago zur Regelung der internationalen Schwierigkeiten geschickt wurden. Diese sind noch nicht restlos beseitigt. Die allenthalben zu beobachtende Ungeduld hat nicht in den leeren Raum hinausgewirkt, sondern ist überall dort eingeseht, wo eine Besserung erreichbar erschien. Durch die vermehrte Beschäftigung des deutschen Volkes erhofft er eine Besserung der Kaufkraft und eine Umsatzsteigerung im Buchhandel. — Die Belastung, die den Mitgliedern des Aktionsausschusses des Börsenvereins zugemutet wurde, ist zum Teil weit über das hinausgegangen, was man jemandem, der sein eigenes Geschäft nicht ganz vor die Hunde gehen lassen will, eigentlich zumuten kann. Er selbst ist in den letzten drei Wochen nur einen Abend zuhause gewesen, und auch den mußte er noch dazu benutzen, um einen Artikel für das Börsenblatt zu schreiben. Er hofft, daß alle diejenigen, die zurückblicken und erkennen, wo wir jetzt stehen, sich darüber klar sind, daß beim Börsenverein nicht gefaulenzt, aber auch nicht Ungerechtigkeit geübt oder irgendwelcher Egoismus getrieben wurde. Es ist ihm eine große Sorge gewesen, daß eine Gruppe nach der anderen gekommen ist und gefordert hat, man sollte ihre Interessen besonders vertreten. Wer meint, daß man andere Gruppen einfach benachteiligen könne, irrt sich. Daß wir selbst uns allmählich in Gesinnung und Arbeit für deutsche Kultur umstellen ist wichtiger als das Organisatorische. Daß der eigentliche Aufschwung von aller Kultur im wesentlichen davon abhängt, einmal aufzuräumen mit alten Anschauungen, hat der Minister Goebbels in seiner Rede zur Eröffnung der Reichskulturkammer klar herausgestellt. Wenn der Buchhandel das nicht erkennt, dann würde es ihm recht geschehen, wenn er einpacken müßte. Herr Dr. Oldenbourg ermahnt, nicht haften zu bleiben an der Perspektive des rein Wirtschaftlich-Organisatorischen, sondern sich auf ein höheres kulturelles Niveau zu heben.

Herr Heldt sichert Herrn Dr. Oldenbourg auch weiterhin das Vertrauen des Buchhandels zu.

Herr Handel sieht sich durch die Ausführungen des Herrn Dr. Oldenbourg den Wind aus den Segeln genommen, muß aber trotzdem noch einige Ausführungen machen, zu deren Vorbringung er beauftragt ist. Die Notlage des Sortimenters ist so stark, daß unverzüglich etwas zur Abstellung der jetzigen Zustände geschehen muß. Er denkt dabei an einen Drei-Jahres-Plan. Er wendet sich in erster Linie gegen die sogenannten »Deutschen Buchhandlungen«, zu deren Gunsten Vereinsmitgliedern, die seit Jahren Parteiliteratur und Parteiabzeichen verkauft haben, das Geschäft entzogen wird. Parteiabzeichen sollen jetzt nur noch durch Verkaufsstellen von Bekleidungsstücken verkauft werden, ebenso müßte es auch der Verlag machen und die Verkäufer von Kleidungsstücken nicht mehr mit Büchern beliefern. Der Aktionsausschuß müßte auch die Auffassung vieler Parteistellen zu bekämpfen suchen, die der Meinung sind, daß der Buchhandel nichts für die nationalsozialistische Bewegung getan hätte, und daß deshalb die Geschäfte mit nationalsozialistischer Literatur den alten Parteigenossen zufallen müßten, gleichgültig, ob sie von Beruf Buchhändler sind oder nicht.

Es müßte auch der Standpunkt durchgesetzt werden, daß das Sortiment für den Vertrieb da ist und der Verlag für die Produk-

tion. Der direkte Vertrieb des Verlags müßte aufhören. Das jetzt noch lebende Sortiment hat seine Leistungsfähigkeit, seine Lebens- und Kreditwürdigkeit bewiesen, deshalb muß ihm in Bezug auf Kreditgewährung entgegengekommen werden. Jede Vorfaktur und Nachnahmeforderung muß unterbleiben, ebenso die Stellung von Bedingungen, die das Sortiment nicht lebensfähig erhalten. Jedes Sortiment muß über seinen Stand einen Plan aufstellen; wenn Lagervorräte und Außenstände es als kreditwürdig erweisen, muß ihm auch Kredit gewährt werden, ohne Rücksicht auf die ihm erteilten Noten in der Kreditliste des Verlegervereins.

Das Sortiment muß die Sicherheit haben, daß ihm der Verleger nicht durch seine Werbemaßnahmen die Kunden wegnimmt. In vielen Fällen ist das Verhalten des Reisebuchhandels unerträglich geworden. Der ordnungsmäßig arbeitende Reisebuchhandel ist durchaus berechtigt, aber es muß zu seiner Ehrenhaftigkeit gehören, daß er nicht Angebote macht, die vielleicht juristisch, aber nicht moralisch vertretbar sind.

Es muß auch vermieden werden, daß Sortimentere feste Bestellungen nicht mehr ausführen können, weil sie nicht in der Lage sind, die vom Verleger als Nachnahmeforderung präsentierten Lieferungen einzulösen. Durch Vermittlung der BÜG oder einer anderen Stelle müßte ermöglicht werden, daß der Sortimenter die ihm erteilte Bestellung einer Behörde oder Schule annimmt und an den Verleger weitergibt, daß der Verleger direkt an den Besteller liefert und dieser an die BÜG zahlt, die den Nettobetrag an den Verleger und die Gewinnspanne an den Sortimenter abführt.

Herr Heldt glaubt nicht, daß die Wünsche des Herrn Handel einen Drei-Jahres-Plan erfordern, über ihre Durchführung könnte sofort entschieden werden. Er macht darauf aufmerksam, daß der Kreisausschuß nicht reine Sortimentereinteressen zu vertreten hat. Wenn gefordert wird, daß die Verleger nicht direkt liefern, so müßte andererseits auch verlangt werden, daß sich die Sortimentere jeder Verlagstätigkeit enthalten.

Herr Dr. Oldenbourg führt noch aus: Durch das Kulturkammergesetz müssen bestimmte Dinge rein terminmäßig zur Erledigung kommen. Die Anmeldungen zur Kulturkammer sollen in den nächsten vier Wochen erfolgen. Bei der Überprüfung der Betriebe, die in die verschiedenen Kammern einzugliedern sind, müssen von vornherein die Maßstäbe angelegt werden, die davor schützen, daß der alte Buchhandel kaputt geht und ein neuer userlos wachsen kann. Bei der Eindämmung der Konkurrenz bestimmter Kreise, die sich bisher der bestehenden buchhändlerischen Betriebe nicht bedient hatten, kann mit weitgehender Unterstützung des Propagandaministeriums gerechnet werden. Was Herr Handel sonst noch vorgebracht hat, wird beim Börsenverein schon lange diskutiert, aber vieles ist nicht so einfach, wie man es sich gedacht hat. Er ist überzeugt, daß aus der Kulturkammer heraus schon gewisse Auflagen gemacht werden.

Eingehend wurde als dritter Punkt der Tagesordnung auch die Frage der Parteibuchhandlungen (Verlage wie Sortimente) behandelt. Dabei wurde auf die schwebenden Verhandlungen hingewiesen.

Bei der Erörterung der Frage der unlauteren Methoden im Reisebuchhandel konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß der Verein der Reise- und Versandbuchhandlungen selbst durchaus darauf bedacht ist, unlautere Maßnahmen im Reisebuchhandel zu verhindern. Die Firmen, gegen die sich die zahlreich aufgetauchten Beschwerden richten, gehören durchweg nicht zu seinen Mitgliedern. Die Aussprache ließ erkennen, daß der ordentliche Reisebuchhandel neben dem Sortimenterbuchhandel vollauf lebensberechtigt, ja notwendig ist, und daß beide Gruppen das gemeinsame Interesse haben, gegen die unlauteren Elemente eine Einheitsfront zu bilden. Auf jeden Fall wird es gut sein, sich bei allen Vorkommnissen vor Verallgemeinerung zu hüten, und Beschwerdefälle den zuständigen Organisationen vorzutragen, damit diese für Abstellung sorgen, und die einzelnen Gruppen des Buchhandels die internen Konkurrenzfragen unter sich austragen, ohne daß dazu die Öffentlichkeit, die Presse oder gar die Gerichte in Anspruch genommen werden, zumal bei der Verallgemeinerung immer die Gefahr besteht, daß man sich an die falsche Stelle wendet. Der Bekämpfung der unlauteren Methoden wird insbesondere der neuerdings ergangene Erlaß des Stabschefs Röhm dienen, der